



Bundestags- brief

Nr.217 • Die Woche im Bundestag • 15.12.2017



**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Regierungsbildung zum Wohle unseres Landes

Das erste Gespräch zwischen den Spitzen von Union und SPD stand in dieser Woche an. Die Union ist zur Bildung einer stabilen Bundesregierung bereit.

Dass die SPD ihre Position überdacht hat und nun Gespräche mit uns führen wird, ist ein wichtiger Schritt, damit wir endlich vorankommen. Klar ist: In einer Koalition kann man nicht alles umsetzen, was in einem Wahlprogramm steht.

Es braucht Kompromissfähigkeit, es braucht Verantwortungsbewusstsein für unser Land. Klar ist aber auch, dass die Bürgerversicherung kein Problem löst und dass wir unser Regelwerk zur Migration umsetzen wollen. Deutschland braucht eine stabile Regierung mit einer parlamentarischen Mehrheit, keine Experimente.

Eine Große Koalition kann die notwendige Modernisierung unseres Landes intensivieren und den Bürgern Sicherheit geben.

Für die Modernisierung ist zentral, dass öffentliche Investitionen in Straßen und Schienen schneller umgesetzt werden und wir auch bei der Digitalisierung den Turbo anwerfen. Die Situation an unseren Schulen müssen wir verbessern, den Ländern werden wir bundeseitig dabei helfen.

Wir wollen die Sicherheit für unsere Bürger im umfassenden Sinne verbessern: vor allem die innere Sicherheit, aber auch die soziale. Wir werden darauf achten, dass unser Land nicht überfordert wird bei der Migration, deshalb sind wir zurückhaltend bei der Zahl der neu nach Deutschland kommenden Migranten.

Für diese Vorhaben brauchen wir einen leistungsfähigen Staat mit guter Verwaltung und guter Justiz, das ist eine große Aufgabe für Bund und Länder. Schließlich wollen wir Europa stärken und noch besser ins nächste Jahrzehnt führen.

Mandate für Auslandseinsätze verlängert

In dieser Woche haben wir im Deutschen Bundestag sieben Bundeswehr-Mandate um jeweils drei Monate verlängert. Damit kann die Kontinuität der Auslandseinsätze bis zur Regierungsbildung gewährleistet werden, und Deutschland kommt seinen internationalen Verpflichtungen weiter verantwortungsvoll nach.

Am Dienstag wurden dabei die Einsätze in Afghanistan und Mali sowie die Beteiligung der Bundeswehr am Anti-Terror-Einsatz der Nato im Mittelmeer, am Einsatz gegen den IS in Syrien sowie die Unterstützung der kurdischen Peshmerga-Kämpfer im Nordirak verlängert.

Am Mittwoch standen dann die Beteiligung der Bundeswehr an der Friedensmission der Vereinten Nationen in Darfur und im Südsudan an. Jeweils 50 deutsche Soldatinnen und Soldaten sind im Rahmen des Mandats dort im Einsatz. Sie schützen vor Ort die Zivilbevölkerung, leisten humanitäre Hilfe und unterstützen den Versöhnungs- und Friedensprozess.

Für diese wichtige Arbeit gebührt allen Soldatinnen und Soldaten unser Dank und unser Respekt, deshalb freue ich mich, dass alle Einsätze der Bundeswehr im Plenum des Deutschen Bundestages eine breite Mehrheit gefunden haben.

Opferschutz verbessern

Wir wollen mit einem fraktionsübergreifenden Antrag aus der demokratischen Mitte heraus den Schutz von Opfern von Gewalttaten verbessern.

Insbesondere liegt uns ein besseres Opferentschädigungsgesetz am Herzen. Opfer von Gewalttaten leiden oft lange physisch und psychisch unter den Folgen der Tat.

Wir beschränken uns bei unserer Initiative nicht auf die Opfer des Anschlags vom Breitscheidplatz, sondern beziehen bewusst auch Opfer von anderen Gewalttaten ein.

Es gilt nun, eine Erhöhung und Ausweitung von Entschädigungen bei terroristischen Anschlägen und sonstigen Gewalttaten zu prüfen. Wir brauchen zentrale Anlaufstellen, die im Falle eines Anschlags schnell und unbürokratisch zur Verfügung stehen.

Wir sichern schließlich den über 60 zum Teil schwer Verletzten und den Hinterbliebenen der zwölf Getöteten vom Breitscheidplatz weiterhin unsere Solidarität und Unterstützung zu.

Zudem streben wir als Union einen Untersuchungsausschuss an, um das Attentat auf den Weihnachtsmarkt vor der Berliner Gedächtniskirche lückenlos aufzuklären.

Die Verhandlungen mit den anderen Fraktionen über einen gemeinsamen Einsetzungsantrag sind noch nicht abgeschlossen, wir werden sie fortsetzen.

Anlässlich fortdauernder neuer Informationen über die Umstände des Anschlags wollen wir noch besser aufklären, wie es trotz Warnungen, trotz zahlreicher Hinweise und trotz der Polizeibekanntheit des Täters zu dem Anschlag kommen konnte.

Wir werden alles daransetzen, die Umstände des Attentats weiter aufzuklären, um daraus weitere Schlüsse insbesondere für unsere Sicherheitsarchitektur und das Aufenthaltsrecht zu ziehen.

Geleistete Arbeitsstunden auf Rekordniveau

Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung stieg die Zahl der in Deutschland geleisteten Arbeitsstunden im vergangenen Quartal auf den höchsten Stand seit 25 Jahren.

Zwischen Juli und September lag diese bei rund 15,4 Mrd. Stunden und damit bei 1,3 Prozent mehr als noch im Vorjahreszeitraum. Der Zuwachs an Arbeitsstunden sei den Arbeitsmarktforschern zufolge jedoch nicht darauf zurückzuführen, dass Beschäftigte durchschnittlich länger an Schreibtischen oder in Fertigungshallen gearbeitet hätten. Vielmehr stehe der Aufwärtstrend im Zusammenhang mit der stark gestiegenen Zahl der Beschäftigten. Dies sei ebenfalls der Grund für einen Anstieg der Gesamtzahl an bezahlten Überstunden im dritten Quartal um 4,9 Mio. auf 213,3 Mio.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Höheres Spendenaufkommen für Not- und Katastrophenhilfe

Aus der „Bilanz des Helfens“-Studie im Auftrag des Deutschen Spendenrats e.V. geht hervor, dass die Deutschen von Januar bis September 2017 rund 3,1 Mrd. Euro spendeten. Das private Spendenaufkommen liege damit leicht über dem des Vorjahres. Im besagten Zeitraum spendeten etwa 17 Mio. Deutsche Geld an Kirchen oder gemeinnützige Organisationen, die durchschnittliche Spendenhöhe lag bei unverändert 32 Euro pro Spender. Vom Spendenaufkommen der ersten neun Monate des Jahres profitierten insbesondere nicht-konfessionelle Träger. 47 Prozent aller Spenden flossen in Projekte im Inland. Während die Gelder für Flüchtlinge auf 285 Mio. Euro zurückgingen, nahm das Spendenvolumen insbesondere im Bereich der humanitären Hilfe zu.

Rund 69 Mio. Euro kamen der Not- bzw. Katastrophenhilfe zugute. Das Plus von 3,7 Prozent in diesem Bereich im Vergleich zu 2016 führt die Studie vor allem auf neue Spender zurück.

(Quelle: Deutscher Spendenrat e.V.)